

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/031(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 28.11.2008	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24. 10. 2008- öffentlicher Teil
- 4 Anträge
 - 4.1 Einrichtung eines Dienstpostens für einen EU-Fördermittelreferenten
Vorlage: A0182/08
FDP-Fraktion
 - 4.1.1 Einrichtung eines Dienstpostens für einen EU-Fördermittelreferenten
Vorlage: S0250/08
BE: Oberbürgermeister
 - 4.2 "Regierungserklärungen"
Vorlage: A0179/08
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.2.1 "Regierungserklärungen"
Vorlage: S0229/08

BE: Oberbürgermeister
- 4.3 Gedenken zum 20. Jubiläum an die friedliche Revolution
Vorlage: A0186/08

CDU-Fraktion
BE: Oberbürgermeister
- 4.4 Belebung Domplatz
Vorlage: A0021/08

FDP-Fraktion
WV vom 29. 08. 2008
- 4.4.1 Belebung Domplatz
Vorlage: S0073/08

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum ersten Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2008
Vorlage: DS0550/08

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 5.2 Marketing
Vorlage: DS0510/08

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 5.3 Gefahrenabwehrverordnung betreffend die Abwehr von Gefahren durch Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit
Vorlage: DS0521/08

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Verschiedenes
- 6.1 Haushaltsplan 2009

- Haushaltssatzung 2009
- Finanzplan bis 2012
- Stellenplan 2009
Vorlage: DS0450/08/2

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, kritisiert die Kurzfristigkeit der Bereitstellung der Drucksache zum TOP 8.3.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, legt dar, dass er sich auf Grund der Kurzfristigkeit dieser Drucksache nicht mit der Thematik beschäftigen konnte und somit nicht an der Abstimmung teilnehmen wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann die Kurzfristigkeit der Drucksache begründen wird.

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24. 10. 2008- öffentlicher Teil

Die Niederschrift – *öffentlicher Teil* – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

4. Anträge

4.1. Einrichtung eines Dienstpostens für einen EU-Fördermittelreferenten Vorlage: A0182/08

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, spricht seinen Dank an die Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme aus und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Einrichtung dieses Dienstpostens bald erfolgen wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0182/08 in seiner Sitzung am 22. 01. 2009 zu beschließen.

4.1.1. Einrichtung eines Dienstpostens für einen EU-Fördermittelreferenten
Vorlage: S0250/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme S0250/08 zur Kenntnis.

4.2. "Regierungserklärungen"
Vorlage: A0179/08

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betont zum Anliegen des Antrages, dass der Oberbürgermeister analog der anlässlich seines Amtsantritts dargelegten Vorstellungen zur Entwicklung der Stadt diese Ausführungen wenigstens alle zwei Jahre, besser noch jedes Jahr vortragen sollte. Wichtig sei für ihn zum Jahresbeginn zu erfahren, wie sich die Arbeit der Verwaltung im Laufe des Jahres entwickeln soll.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0179/08 in seiner Sitzung am 22. 01. 2009 zu beschließen.

4.2.1. "Regierungserklärungen"
Vorlage: S0229/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme S0229/08 zur Kenntnis.

4.3. Gedenken zum 20. Jubiläum an die friedliche Revolution
Vorlage: A0186/08

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages und informiert, dass seitens des Ausschusses FG der Einstellung der finanziellen Mittel zugestimmt wurde.

Zu seinem Hinweis, dass noch Unklarheit darüber bestand, aus welchem Budget die Finanzierung erfolgen soll, informiert der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann, dass die beantragte Summe dem Budget 0 zugeordnet wird.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, hinterfragt, wer Mitglied im Arbeitskreis „Magdeburg 2009 – 20 Jahre friedliche Revolution“ ist.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, benennt beispielhaft den Bürgermeister Herrn Dr. Koch sowie Stadtrat Rink, CDU-Fraktion und sagt zu, eine genauere Auskunft zur Sitzung des Stadtrates am 04. 12. 2008 vorzulegen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0186/08 in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 zu beschließen.

4.4. Belegung Domplatz
Vorlage: A0021/08

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, informiert über die Beratung des Antrages im Ausschuss RWB und über die dort vorgenommene redaktionelle Änderung des Antrages. Der Text des Antrages soll lauten:

„Der Oberbürgermeister wird gebeten, einen Ideenwettbewerb *für ein Gesamtkonzept* auszuloben für eine Erhöhung der Attraktivität des Domplatzes durch verstärkte Belegung.

Der Text für die Auslobung eines Ideenwettbewerbes soll beraten werden im Ausschuss RWB sowie im Kulturausschuss.“

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung führt er aus, dass diese der Intension des Antrages nicht gerecht wird. Es ginge nicht um bauliche Maßnahmen, sondern um eine Belegung in Form von Veranstaltungen. Er plädiert dafür, die Bearbeitung des Antrages nicht im Dezernat VI vorzunehmen und schlägt vor, diese dem Wirtschaftsdezernat bzw. dem Kulturdezernat zu übertragen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, unterstützt die Auffassung des Stadtrates Klein. Er nimmt Bezug auf die in diesem Sinn im Ausschuss StBV geführte Diskussion und verweist auf einen bereits durchgeführten Wettbewerb eines Studententeams zur Umgestaltung des Domplatzes im vergangenen Jahr. Im Weiteren merkt er kritisch an, dass zu einigen in der Stellungnahme der Verwaltung aufgeführten Maßnahmen keine Abstimmung mit den Beteiligten geführt wurden. So gäbe es hinsichtlich der Durchführung eines Weihnachtsmarktes auf dem Domplatz keine Übereinstimmung.

Abschließend informiert Stadtrat Stern, dass der Ausschuss StBV eine Diskussion zum Antrag abgelehnt hat, da keine baulichen Belange betroffen sind und spricht sich für eine Beschlussfassung zum redaktionell veränderten Antrag aus.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, informiert über die Zustimmung des Ausschusses FG zur Bereitstellung von 10 T€ für die Domgemeinde zur Durchführung von Veranstaltungen anlässlich der 800-Jahrfeier des Magdeburger Doms und über seine geäußerten Befindlichkeiten hinsichtlich des Umgangs der Domgemeinde mit der Stadt Magdeburg. Bezugnehmend auf ein Schreiben des Oberbürgermeisters an den Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. einer Benutzungssatzung für den Domplatz äußert er sein Unverständnis, dass hierzu keine Einigung erzielt werden konnte.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung dar, dass seitens der Verwaltung erklärt werden sollte, ob ein Ideenwettbewerb, wie vom Ausschuss RWB vorgeschlagen, gewollt ist. Er spricht sich dafür aus, den Vorschlag des Ausschusses RWB zu bestätigen und das Ergebnis des Wettbewerbes zu diskutieren.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert bezugnehmend auf die Diskussion im Ausschuss RWB über die hier getroffene Aussage, durch den Oberbürgermeister die Vorstellungen zur Gestaltung im Januar 2009 vorzulegen und dann im Stadtrat zu diskutieren. Er teilt nicht die Auffassung, den Domplatz so zu belassen wie er jetzt ist und legt dar, dass Denkmalschutzmaßnahmen nicht als einzige die Stadtentwicklung beeinflussen sollten. Der Domplatz biete mehr als jede andere Stelle der Stadt die Chance in naher Zukunft eine urbane Innenstadt zu entwickeln.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE, führt aus, dass er dem Antrag im Ausschuss FG nicht zugestimmt hat, da er keine Möglichkeiten für bauliche Veränderungen am Domplatz sieht, da diese den Charakter des Platzes verändern würden. Ebenso sieht er Schwierigkeiten bei der Durchführung von Veranstaltungen auf dem Domplatz und regt an darüber nachzudenken, in welchem Rahmen Veranstaltungen hier durchgeführt werden sollen.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, führt an, dass die derzeitige Gestaltung des Domplatzes keine Aufenthaltsqualität bietet. Das Ergebnis des studentischen Projektteams habe gezeigt, dass bereits mit kleinen Veränderungen eine Attraktivitätssteigerung erreicht werden kann. Er spricht sich dafür aus, im Rahmen des Ideenwettbewerbs auch bauliche Veränderungen zu untersuchen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, geht kritisch auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und begründet seine Auffassung zur Streichung des letzten Absatzes.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, diese Änderung vornehmen zu lassen.
VA: Amt 13

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf die Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und führt aus, dass Maßnahmen des Denkmalschutzes sehr wohl ihre Berechtigung haben und nicht zu gering geschätzt werden sollten. Er gibt zu bedenken, dass bauliche Veränderungen die Durchführung von Veranstaltungen behindern können. Veranstaltungen sollten stattfinden, das Umfeld des Domplatzes sollte jedoch nicht verändert werden.

Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, sieht keine Möglichkeiten für bauliche Veränderungen am Domplatz und wirft die Frage auf, ob und in welcher Form bauliche Veränderungen gewollt sind. Als Voraussetzung für die Durchführung der beantragten Auslobung eines Ideenwettbewerbs sieht er die Klärung möglicher finanzieller Aufwendungen. Im Weiteren gibt er zu bedenken, dass die Durchführung von mehr Veranstaltungen zu Beschwerden von Anwohnern führen kann. Er spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterbreitet im Ergebnis der geführten Diskussion folgenden Vorschlag:

Die vorliegenden Vorschläge des studentischen Projektteams und der Verwaltung werden zusammengefasst und ein Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Domplatzes geführt. Das Ergebnis wird dem Stadtrat im Februar 2009 zu Beschlussfassung vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den redaktionell geänderten Antrag A0021/08 in seiner Sitzung am 22. 01. 2009 zu beschließen.

4.4.1. Belebung Domplatz Vorlage: S0073/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme S0073/08 zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

- 5.1. Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum ersten Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2008
Vorlage: DS0550/08
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr (Bg VI) Herr Dr. Scheidemann teil.

Zur Drucksache liegt der Änderungsantrag DS0550/08/1 des Ausschusses StBV vor.

In seinen Ausführungen zur Drucksache informiert der Beigeordnete VI Herr Dr. Scheidemann über die Regelung im Landesplanungsgesetz, innerhalb des Gemeindegebietes zentrale Orte näher zu bestimmen. Dies erweist sich, obwohl es einen Eingriff in die Planungshoheit der Kommunen darstellt, als positiv für die Stadt Magdeburg, weil dadurch Einzelhandelsstandorte nochmals definiert werden können. Im Weiteren nimmt er Bezug auf einzelne Punkte der Stellungnahme und macht erläuternde Ausführungen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, gibt Erläuterungen zum Anliegen des Änderungsantrages des Ausschusses StBV und hinterfragt, ob der Verwaltung die Stellungnahme des Bördekreises bekannt sei, in welcher sich der Kreis gegen das Gebiet „Eulenberg“ ausspricht.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass es seitens der Bördebauern Widerstand gegen die Versiegelung weiterer landwirtschaftlicher Flächen gibt und hierzu entsprechende Überlegungen anzustellen sind. Bezugnehmend auf die mit Änderungsantrag des StBV beantragten Streichung des Punktes 13 der Stellungnahme sieht er keine Probleme, diese vorzunehmen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet seine Ablehnung des Änderungsantrages.

Gemäß Änderungsantrag DS0550/08/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Verwaltungsausschuss mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung

Der Punkt 13 in der Stellungnahme entfällt.

Der Verwaltungsausschuss beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages DS0550/08/1 des Ausschusses StBV:

Beschluss-Nr.: VW 74-31(IV)08

Der Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg zum ersten Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2008 wird zugestimmt.

5.2. Marketing
Vorlage: DS0510/08

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

Der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta informiert, dass die Thematik in den zuständigen Gremien diskutiert wurde und die Weiterentwicklung der Marketingstrategie jetzt umgesetzt werden muss. Dieser Prozess wird seitens des Wirtschaftsdezernates fachlich begleitet.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich der Eilbedürftigkeit der Beschlussfassung im Stadtrat verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf den anstehenden personellen Wechsel der Position des Beigeordneten III und darauf, dass der derzeitige Beigeordnete diesen Prozess zu Ende führen soll.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0510/08 in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 zu beschließen.

5.3. Gefahrenabwehrverordnung betreffend die Abwehr von
Gefahren durch Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit
Vorlage: DS0521/08

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen Ausführungen zur Drucksache informiert der Beigeordnete I Herr Platz über das Interesse anderer Städte an den Regelungen der vorliegenden Gefahrenabwehrverordnung. Er führt weiterhin aus, dass die Wirksamkeit der Verordnung durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres belegt wird, so dass der Entschluss gefasst wurde, auch den W.-Brandt-Platz in die Verordnung einzubeziehen. Die Regelungen der Verordnung wurden mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt und die Zustimmung erteilt. Insbesondere verweist er darauf, dass für weitere Änderungen wiederum die Zustimmung des Landesverwaltungsamtes eingeholt werden muss.

Herr Platz legt dar, dass die Verordnung präventiven Charakter hat, da sie die Ursachen für den Alkoholkonsum nicht bekämpfen kann. Es bestehe seitens der Stadt Klarheit darüber, dass die Thematik Alkoholkonsum unter Jugendlichen diskutiert werden muss. Die Verordnung ist hierbei als flankierende Maßnahme zu sehen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, informiert, dass seine Fraktion die vorliegende Verordnung sehr begrüßt. Er bestätigt, dass andere Städte ihr Interesse an einem Erfahrungsaustausch signalisiert haben. Die Verordnung ist für ihn Ausdruck dafür, dass sich die Stadt der Problematik des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit stellt, auch wenn die Ursachen hierfür nicht behoben

werden können. Er verweist im Weiteren auf den Änderungsantrag seiner Fraktion, auch den Konrad-Adenauer-Platz in die Verordnung aufzunehmen und führt aus, zunächst Erfahrungen in Umsetzung der Verordnung zu sammeln und diese mit der erforderlichen Konsequenz durchzusetzen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus und richtet seine Empfehlung an die CDU-Fraktion, ihren Änderungsantrag zurückzustellen.

Ergänzend zu seinen Ausführungen informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass am 27. 11. 2008 eine entsprechende Vereinbarung mit der Polizei unterzeichnet wurde. Die Aktivitäten der Polizei werden sich auf den Bereich des Hasselbachplatzes konzentrieren, während der Stadtordnungsdienst vornehmlich auf dem W.-Brandt-Platz tätig wird.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt die Erforderlichkeit der Genehmigung des Landesverwaltungsamtes sowie den Begriff „Gefahrenabwehrverordnung“. Bisher galten die Regelungen der Stadtordnung. Er hält es für richtig über die Bezeichnung nachzudenken, weil in der Stadt Magdeburg nicht nur Regelungen zur Gefahrenabwehr getroffen werden müssen.

In Beantwortung der Nachfragen verweist der Beigeordnete I Herr Platz darauf, dass der Gesetzgeber den Begriff „Gefahrenabwehrverordnung“ im SOG LSA geprägt hat. Gleichfalls wurde durch den Gesetzgeber die Einholung der Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt festgelegt.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verweist darauf, dass die bisherige Stadtordnung immer noch ihre Gültigkeit hat.

Zur Nachfrage von Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, wie die öffentliche Bekanntmachung der Verordnung erfolgt, so dass auch Touristen über diese Regelungen informiert sind und nicht die Gefahr eines negativen Images der Stadt entsteht, stellt der Beigeordnete I Herr Platz klar, dass die Veröffentlichung gemäß den Regelungen der Landeshauptstadt Magdeburg in der Bekanntmachungssatzung erfolgt. Er legt im Folgenden dar, dass hier seitens des Gesetzgebers ein gewisser Spielraum gelassen wird. Dieser lässt es zu, bei evtl. Verstößen durch Touristen nicht sofort ein Bußgeld zu verhängen, sondern zunächst auf die bestehenden Regelungen aufmerksam zu machen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0521/08 in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 zu beschließen.

6. Verschiedenes

6.1. Haushaltsplan 2009 Vorlage: DS0450/08/2

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz begründet die Ergänzung des Änderungsantrages DS0450/08/2 des Oberbürgermeisters und führt aus, dass aus dem Bereich des Amtes 51, der sich mit Fragen des Kindeswohls befasst, mehrere Überlastungsanzeigen vorgelegt wurden. Im Ergebnis der entsprechenden Prüfung musste festgestellt werden, dass ein Stellenaufwuchs erforderlich ist.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper über die Zustimmung des Ausschusses FG zum ergänzten Änderungsantrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0450/08/2 des Oberbürgermeisters in seiner Sitzung am 04. 12. 2008 zu beschließen.

6.2. Sanierung Siemens-Gymnasium

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE, legt dar, darüber informiert worden zu sein, dass sich der Zustand der Ausstattung des Gymnasiums nach der Sanierung schlechter darstellt, als zuvor. Z.B. sind die Chemiekabinette nicht nach dem neuesten Stand der Technik ausgerüstet und es fehlen notwendige Gasanschlüsse. Ebenso fehlen Videorekorder sowie entsprechende Fernsehapparate. Er bittet darum, in den entsprechenden Fachausschüssen diese Problematik zu beraten und die Situation vor Ort zu prüfen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, die Problematik in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses KGM zu thematisieren und über das Ergebnis zu informieren.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, gibt den Hinweis, dass oft der Ausstattungsgrad der über IZBB-Maßnahmen sanierten Schulobjekte zum Beispiel genommen wird. Dieser kann aber nicht für alle Schulen als Maßstab gelten.

Zur Anregung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, in regelmäßigen Abständen im Ausschuss BSS über solche Problematiken zu informieren führt Stadtrat Schindehütte an, dass diese Informationen im Betriebsausschuss KGM und auch für den Ausschuss FG bereits erfolgen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper regt an, im Frühjahr 2009 im Rahmen der Beratungen der Fachausschüsse entsprechende Vor-Ort-Besichtigungen vorzunehmen.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt als Vorsitzender des Ausschusses BSS diese Anregung auf und kündigt an, die Thematik in einer gemeinsamen Ausschusssitzung des BSS und des StBV zu beraten.

6.3. Stadtrat 06. 11. 2008

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die letzte Stadtratsitzung und informiert, dass seine Ausführungen bzgl. des Antrages zur Modellstadt Erneuerbare Energien seitens der NPD zum Anlass genommen wurden, auf ihrer Internetseite diffamierende Äußerungen zu veröffentlichen. Seinerseits wurde bei der Staatsanwaltschaft hierzu Anzeige erstattet. Er wird mit dem Stadtratsvorstand Kontakt aufnehmen, um prüfen zu lassen, ob für die NPD-Angehörigen der Besuch der Stadtratsitzungen per Hausverbot untersagt werden kann.

Der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Beigeordnete I Herr Platz führt aus, dass im städtischen Internetforum Beiträge mit rechtsradikalem Inhalt unverzüglich gelöscht werden und gibt den Hinweis, dass die Aussprache eines Hausverbotes rechtlich zu klären ist.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Vertreter

Stadtrat Carsten Klein

Stadträtin Birgit Kriese

Stadtrat Walter Meinecke

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt